



Kritiker

Brunsen, Khashoggi und Menschenrechte

Im typischen Wechselbad mittelöstlicher Nachrichten meinte Präsident Trump: der nach zwei Jahren am 13. Oktober in 24 Stunden aus türkischer Haft ins Weiße Haus gekommene Pastor Brunsen, Foto beider im Gebet, habe ein "fantastisches Wochenende" verlebt. Sie dankten auch Präsident Erdoğan. Laut Trump gab es keinen Deal mit Lösegeld. Nun könnten sich die Beziehungen zur Türkei verbessern. Die Administration habe global 19 Personen aus der Haft geholt, wo dort ebenso Senatoren US-Bürger besuchten – wie Andrew Brunsen.

13. Oktober 2018 [TWH Video](#)



Doch habe es nichts mit dem jüngsten Fall Jamal A. Khashoggi zu tun, so Donald J. Trump am 15. Oktober. Der Journalist wird seit 2. Oktober vermisst, als er das saudische Konsulat in Istanbul betreten hatte. Türken bestätigten einen Anschlag auf ihn, der seit dem Vorjahr als Kolumnist der Washington Post auch kritisch über Reformen in seiner Heimat Saudi-Arabien schrieb. Dort mit turkstämmigen Vorfahren 1958 geboren, lebte er – türkisch Cemal Ahmed Kaşıkçı oder arabisch جمال أحمد خاشقجي – ab 2017 in seinem Washingtoner Exil.

Foto Wiki



Khashoggi, Foto, war dem Königshaus verbunden. Er zählte indes früh zu Muslimbrüdern und lernte Usama Bin Ladin, UBL, in Afghanistan im Jihad gegen die Sowjets kennen. Dieser gab ihm ein großes Interview und war, wie erbeutete UBL-Texte zeigen, ebenso ein Muslimbruder. Khashoggi bejahte Reformen des Kronprinzen Muhammad Bin Salman. Andererseits [kritisierte](#) er ihn, zumal freiheitliche [Foren](#) dafür und eine Arbeitsethik fehlten, die Saudis zum Arbeiten führe und mithin auch die vielen Auslandsarbeiter ablöse.

Sein Twitter mit 1,7 Mio. Followern zeigt islamistisches Denken "für Palästina, gegen Israel", sowie für Modernisierung mit Islam. Seit den liberalen und islamistischen Revolten ab 2011 rückten Politislam, wie zuvor in Irans Revolte 1979, und die Muslimbruderschaft auf. Diese MB kam am Nil an die Macht, zumal die [Obama](#)-Administration in ihr "legitime Opposition" sah. Doch in Kairo setzten Militär und Volksteile die MB nach einem Jahr ab.

Konservativ Mächtige am Golf gehen meist offen die MB an. Was privat läuft, steht oft dahin. Sie zerfallen in Lager Pro MB (Türkei, Katar) und Contra MB (Ägypten, Jordanien, Golfländer), wie der [Streit](#) um den Boykott Katars erhellt. Trump setzte am 21. Mai 2017 in ar-Riyad das Ringen gegen Radikalislam und Terror obenan, was ihn mit König Salman und dem Kronprinz einte. Aber wie geht es im moderaten Islam in die (Post-)[Moderne](#), in welchen Phasen und Arten werden Autokratien aus Dynastie- zu Bürgerstaaten? Einzelreformen sollen Schichten gewinnen. Doch ist der Umgang mit Kritikern ein Problem. Diese zu verhaften oder gar zu töten, beschwört Zwiste herauf, die am Ende noch mehr zerstören. Khashoggi bildete eben gerade noch den Verein "Demokratie für die arabische Welt jetzt". Besorgt schrieb er über die neue Bedrängung von [Kritikern](#), den [Eishauch](#) im Landesklima.

Handel mit Wandel in Menschenrechten?

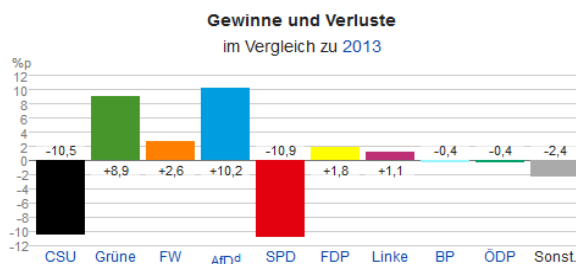
Trump betonte am 15. Oktober nach seinem kurzen Telefonat, König Salman wies jedes Wissen um Khashoggi auch im Namen des Kronprinzen strikt ab. Vielleicht, so der Präsident, war es eine wilde Aktion: "It sounded to me like maybe these could have been rogue killers. Who knows?" Er betonte im Telefonat, die Welt beobachte es, spreche darüber und es sei wichtig, dieser Sache auf den Grund zu gehen. Am selben Tag begannen Türken und Saudis in Istanbul zu ermitteln. Trump entsandte Außenminister Pompeo nach ar-Riyad, der mehrere Treffen mit dem König und Kronprinz hat, um die Hintergründe aufzuklären.

Am 13. Oktober erklärte Trump noch, als Reaktion auf Khashoggi nicht den \$110 Md. Waffenverkauf an Saudi-Arabien aufkündigen zu wollen, denn dies seien 450.000 US-Arbeitsplätze, in Texas. Außerdem würde dies sonst an Russland oder China gehen. So steht nun ein Fragezeichen vor den saudisch-amerikanischen Beziehungen, einem Pfeiler im Gefüge, das Beziehungen zur Türkei und den am 5. November stärkeren Boykott Irans angeht.

Berlin, Paris und London meinten am 15. Oktober, die freie Presse und der Schutz von Journalisten zählten zu Kernprioritäten. Sie nehmen den Vorfall sehr ernst, der Fall Khashoggis sei aufzuklären. Verantwortliche wären zur Rechenschaft zu ziehen. Die drei Länder erwarten eine detaillierte Antwort aus ar-Riyad. Die Ermittlungen laufen freilich weiterhin.

Mitte in Bayern

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis verloren die Volksparteien CSU und SPD am 14. Oktober zweistellig, hingegen gewannen Grüne und AfD. Letztere zieht mit 10,2 Prozent (22 der 205 Sitze) ins Maximilianeum ein, ist nun in 15 der 16 Landtage vertreten.



Lokal verlor Horst Seehofer seine absolute Mehrheit. National ist Angela Merkels Koalition geschwächt. Dieser Rechtsruck geht um, der sich vor allem gegen die Öffnungspolitik der Kanzlerin und die Folgen richtet. Chancen ihrer Wiederwahl als CDU-Chefin zum Jahresende verminderten sich.

Kurz

Ein frischer Wind zieht durch Wien unter Kanzler Kurz, der nun über 365 Tage im Amt ist und einen Vergleich mit Berlin erlaubt. Hieran folgen meine Notizen zu seinen Gedanken.

Sinngemäß Kanzler Sebastian Kurz über seine Einsichten, 14. Oktober 2018

Umgangston: Zwischenkriegszeit lehrt – Extreme werden stärker, Zwiste brutaler, erst Worte, dann Taten
Demokratie ab 2022: Volksbegehren, 900.000+ Ja werden zu verpflichtenden Volksabstimmungen führen
Migrationsfrage: realistisch gegen Kurs der offenen Grenzen, unbeschränkter Aufnahme in Mitteleuropa, der zur Überforderung führte und dass Zehntausende im Mittelmeer ertranken [sterben sie nun in Wüsten?]
Brüssel: dort zur Migrationsfrage durchgesetzt, keine Kooperation mehr mit den Schleppern im Mittelmeer
Zuwanderer: Kürzung der Mindestsicherung; ungerecht, erhalten sie mehr als die langjährigen Einzahler
Globaler UN-Migrationspakt: wir erhalten Souveränität, können in Migrationsfragen selbst entscheiden
Sozialnetz: funktioniert, wenn möglichst viele einzahlen, nicht, steht es allen Menschen dieser Welt offen

Kurz hat die Schuldenpolitik beendet, führt zum ausgeglichenen Budget, senkt Steuern kinderfreundlich und entwickelte eine direkte Demokratie durch Volksbegehren weiter. Dies hätte in Berlin rasch den überdehnten Öffnungskurs vermindert. Deutsche mögen sich auch mit Österreichern vergleichen. Wien steht zu Israel, ringt aber gleichwohl in der Immigration mit einem jüngst steigenden Judenhass.

Wolfgang G. Schwanitz